

Aktuelles aus dem Parlament

Nr. 10/2006

15. Dezember 2006

Die letzte Plenarsitzung des Nationalrats im Jahr 2006 war vor allem sozialpolitischen und umweltpolitischen Materien gewidmet. Hier ein kurzer Überblick.

Höhere Mindestpensionen

Wie ich bereits in meiner letzten Parlaments-Newsletter voraus berichtet habe, wurde heute im Plenum des Nationalrats die Anhebung der Mindestpensionen fixiert. Die Ausgleichszulagen für Alleinstehende werden von 690 auf 726 Euro erhöht (+ 5,22 %), jene für Ehepaare von 1.055 auf 1.091 Euro (+ 3,4 %) angehoben. Der Beschluss war einstimmig.

Von der Erhöhung werden insgesamt rund 230.000 Pensionisten und Pensionistinnen profitieren, überproportional viele davon im Burgenland. Ein zusätzlicher Effekt ergibt sich daraus, dass diese Personengruppe auch von etlichen Gebühren befreit ist. Damit wird ein sozialpolitisches Anliegen, das die ÖVP in den letzten Jahren besonders verfolgt hat, konsequent weiter verfolgt: Auf unsere Initiative der ÖVP wurden allein in den letzten sechs Jahren die Mindestpensionen für Alleinstehende um insgesamt 100 Euro erhöht.

Familienleistungen für Ausländer künftig wieder ab Geburt des Kindes

Eine Änderung wurde für die Auszahlung von Kindergeld und Familienbeihilfe beschlossen. Für ausländische Kinder, die sich legal bei uns aufhalten, erhalten die Eltern diese Zahlungen nun wieder rückwirkend ab der Geburt des Kindes. Durch einen Erlass der Sozialministerin waren Eltern, die noch keinen regulären Aufenthaltstitel für ihr Kind vorlegen konnten, um das Geld umgefallen. Die Beschaffung der notwendigen Dokumente bei den Behörden im Heimatland nimmt oft Monate in Anspruch. Während dieser Zeit gab es durch den Erlass die genannten Sozialleistungen nicht. Auch der neue Beschluss, der rückwirkend mit 1. Juli 2006 in Kraft tritt, ist so formuliert, dass mit diesen Sozialleistungen kein Missbrauch betrieben werden kann.

AKW Temelin: Völkerrechtsklage gegen Tschechien möglich

Alle fünf Parlamentsparteien haben sich in einem Entschließungsantrag für rechtliche Schritte gegen Tschechien wegen der Betriebsgenehmigung für das Atomkraftwerk Temelin ausgesprochen. Wenn der "Melker Prozess" nicht eingehalten wird, könnte Österreich also eine Völkerrechtsklage einbringen. In der Vereinbarung von Melk hat sich Tschechien gegenüber Österreich zu Informations- und Koordinationsmaßnahmen verpflichtet, was Temelin betrifft.

Neues Umweltgesetz als Beitrag gegen zunehmenden CO₂-Ausstoß

Mehr Anreize für Unternehmen, den Ausstoß an umweltschädigendem Kohlendioxid zu senken, bietet das neue Emissionshandelsgesetz. Der CO₂-Ausstoß wird in handelbare Zertifikate quasi umgerechnet, damit steigt der wirtschaftliche Anreiz, in CO₂-senkende Maßnahmen zu investieren.

Auf diesem Wege möchte ich Ihnen/Euch für Weihnachten und für 2007 die besten Wünsche für Ihr/Euer persönliches Wohlergehen übermitteln.

Franz Glaser